

**3. Motion von Elisabeth Rickenbach, Franz Eugster, Judith Ricklin, Barbara Dätwyler Weber, Nicole Zeitner, Brigitta Engeli-Sager, Lukas Madörin vom 11. September 2024 „Verkaufsverbot von Einweg E-Zigaretten“ (24/MO 9/60)**

**Beantwortung**

**René Walther**, Präsident, FDP: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Das Wort haben zuerst die Motionärinnen und Motionäre, vertreten durch Kantonsrätin Elisabeth Rickenbach.

**Elisabeth Rickenbach**, Kantonsrätin, Die Mitte/EVP: Die Antwort des Regierungsrates hat mich fast „vom Stühli ghaue“: Sie ist klar und konsequent, kein Versuch einer Ausflucht oder davon, Verantwortung abgeben zu wollen. Besten Dank dafür. Es gibt auch keinen Grund, Jugendschutz hinauszögern zu wollen. Und es gibt keinen Grund, Umweltschutz hinausschieben zu wollen. Genau diese konsequente Haltung wünsche ich mir heute von diesem Rat: Dass wir diese Motion als klares Signal – auch an die nationalen Behörden – verabschieden. Wir übernehmen damit Verantwortung für unsere Jugendlichen, für die Umwelt und für unsere Enkeltauglichkeit. Der Kanton Thurgau wird nicht der erste und nicht der letzte Kanton sein, der diese Puffs verbieten wird. In den Kantonen Wallis, Jura, Bern, Solothurn und Basel-Stadt wurde ein Verbot bereits beschlossen, respektive in Kraft gesetzt. Ausflüchte wie jene, dass die rechtliche Grundlage nicht ganz klar sei, lasse ich, wie auch der Regierungsrat, nicht gelten. Was es heisst, auf den Bund zu warten, haben wir vor Kurzem beim Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG) erlebt. Ganze fünf Jahre hat es gedauert – und mit dem Resultat, dass der Volkswille nicht konsequent umgesetzt wurde. Das ist zu lange für ein Anliegen, das die Gesundheit, den Jugendschutz wie auch den Ressourcenverschleiss betrifft. Der entsprechende Vorstoss in Bern kommt erneut nicht in Fahrt. Die Nikotin- und Tabakindustrie ist da leider viel zu gut verbandelt. Der Druck, der inzwischen in verschiedenen Ländern und Kantonen aufgebaut wurde, hat Einfluss auf die Strategie der Produzenten. Sie werden nicht müde, zu kommunizieren, wie gesund E-Zigaretten seien. Wer Einweg-E-Zigaretten konsumiert, zieht ein Gemisch von Aromastoffen und verdampften Nikotinsalzen tief in seine Lunge, und über die Folgen werden wir wohl erst in 20 bis 30 Jahren Bescheid wissen. Gesund ist es jedenfalls ganz sicher nicht, wenn auch vermutlich weniger schädlich als das Verbrennen von Tabak. Was wir wissen, ist, dass Nikotin langfristige Auswirkungen auf die Aufmerksamkeit beim Lernen und das Gedächtnis von Jugendlichen hat. Die bunten, fruchtigen, süssen und billigen Einweg-Vapes sind bei den Jugendlichen äusserst populär und überall erhältlich – nebst Kiosk, Supermarkt, auch in Dönerläden oder Barbershops. Kein Wunder, denn die perfide Werbung zieht offensichtlich auf Kinder und Jugendliche ab. Von den 14- bis 15-Jährigen haben

gemäss Schweizer HBSC-Bericht (Health Behaviour in School-Aged Children) von 2022 92 % einmal in ihrem Leben E-Zigaretten ausprobiert. Rund 36 % haben in den letzten 30 Tagen ein Nikotinprodukt konsumiert – Tendenz stark steigend, vor allem bei den Mädchen. Bei herkömmlichen Zigaretten liegt der Wert bei 16 %. Aber nicht nur aus Sicht des Jugendschutzes sind die E-Zigaretten äusserst problematisch, sondern auch aus Sicht des Umweltschutzes. Das betrifft insbesondere die Einweg-E-Zigaretten. Durch die darin enthaltenen Chemikalien können bei unsachgerechter Entsorgung Luft, Wasser und Böden verschmutzt werden. Im besten Fall landen die Einweg-E-Zigaretten im normalen Abfall, wo sie aber eigentlich auch nicht hingehören. Im schlechteren Fall landen sie irgendwo im Wiesland – und damit im Futter unserer Tiere. Bei der Entsorgung im Abfall gehen die vielen wertvollen Rohstoffe, wie Metall, Lithium, Nickel, Zink und Aluminium, verloren. Und auch wenn die Geräte direkt dem Recycling zugeführt werden, benötigt es dennoch einen sehr grossen Aufwand und viel Energie, um sie in ihre Einzelteile zu zerlegen, zu sortieren und die Rohstoffe wieder aufzubereiten. Das wohl noch zu hörende Argument, es sei nur ein kleiner Schritt, lasse ich nicht gelten. Ich hätte es auch gerne, wenn wir grössere Sprünge machen könnten – aber es scheint, dass die Fitness unseres Parlaments keine grösseren zulässt. Darum: Machen wir diesen Schritt und stimmen der Motion zu. Er ist konsequent, er ist für unsere heranwachsende Generation, die gar nicht erst auf den Geschmack kommen soll, und er ist für unsere Umwelt.

## **Diskussion**

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich eröffne die Diskussion und erteile das Wort Kantonsrätin Barbara Dätwyler Weber, nach ihr folgt Kantonsrätin Priska Peter.

**Barbara Dätwyler Weber**, Kantonsrätin, SP und Gew.: Wir danken dem Regierungsrat für die – überraschend – wohlwollende Antwort zum Motionsanliegen. Im Jahr 2022 rauchten rund 21 % der ständigen Wohnbevölkerung des Kantons Thurgau ab 15 Jahren mindestens eine Zigarette pro Tag. Damit war der Anteil der täglich Rauchenden etwa gleich hoch wie 2012. Wir sind damit der einzige Kanton in der Schweiz, in dem der Anteil der Rauchenden nicht zurückgeht. Rauchen ist immer noch ein Hauptrisikofaktor für die Entstehung zahlreicher Krankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, chronischer Atemwegserkrankungen sowie bösartiger Tumore der Lunge, Bronchien, Mundhöhle, Speiseröhre, Nieren und Bauchspeicheldrüse. Mehr als jeder siebte Todesfall in der Schweiz ist Krankheiten zuzuschreiben, die in Verbindung mit dem Rauchen auftreten. Im Rahmen des kantonalen Tabakpräventionsprogramms werden verschiedene Aktivitäten unterstützt und koordiniert, die den frühen Einstieg in den Tabakkonsum zu verhin-

dern wissen und ein Aufhören mit dem Rauchen begünstigen. Laut dem „Schweizer Monitoring-System Sucht und nichtübertragbare Krankheiten“ (MonAM) haben beim Tabakkonsum immer noch über 45 % der Minderjährigen Zugang zu Tabak – sprich der Anteil der 11- bis 15-Jährigen, die in den letzten 30 Tagen mindestens einmal eine Zigarette geraucht haben, nimmt wieder zu. Durch die bunte und ansprechende Werbung für E-Zigaretten vermittelt die Tabakindustrie eine verharmlosende Variante des Rauchens. Der Anteil von Rauchenden, der mittels E-Zigaretten – und eben vor allem der Einweg-E-Zigaretten – in die Nikotinsucht einsteigt, nimmt schnell zu. Aus diesen dargelegten Gründen ist das Motionsanliegen auf jeden Fall kein kleines Anliegen, sondern volkswirtschaftlich und vor allem gesundheitspolitisch eines der grössten Risiken in unserem Kanton, mit finanziell grossen Auswirkungen. Wer nun immer noch zu argumentieren versucht, das Rauchen bringe uns immerhin 2.1 Mia. Franken in die AHV, vergisst die Gegenrechnung, nämlich dass insgesamt 3.9 Mia. Franken Gesundheitskosten entstehen – 3 Mia. Franken aufgrund von medizinischen Behandlungen und 0.9 Mia. Franken durch den Erwerbsausfall, den der Tabakkonsum verursacht. Was es heisst, auf den Bund zu warten, um ein Gesetz anzupassen, hat Kantonsrätin Elisabeth Rickenbach schon ausgeführt. Da wir bereits ein kantonales Tabakgesetz haben, ist es nichts als logisch, hier auch die weiteren Markttrends aufzunehmen und gezielt die Jugendlichen zu schützen. Im Namen der grossmehrheitlichen Fraktion SP und Gewerkschaften – ja, auch bei uns gibt es Raucher – bitte ich Sie, die Motion erheblich zu erklären. Wir sind einstimmig der Meinung, unsere Jugend sei die Gegenwart und die Zukunft, und wir wollen sie schützen und nicht verführen. Danke.

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrätin Priska Peter, nach ihr folgt Kantonsrätin Brigitta Engeli-Sager.

**Priska Peter**, Kantonsrätin, SVP: Im Namen der SVP-Fraktion bedanke ich mich bei der Regierung für die ausführliche und sachliche Beantwortung dieser Motion. Es ist wichtig, dass wir die Risiken von Einweg-E-Zigaretten kennen und ernst nehmen, gerade was die Jugendgesundheit und die Umwelt betrifft. Ein kantonales Verbot würde riesigen Vollzugsaufwand verursachen und am Ende nichts bringen. Jeder, der ein solches Produkt haben will, bestellt es einfach im Internet oder geht in den Nachbarkanton. Unsere Behörden hätten Arbeit, die Steuerzahler die Kosten – und die Jugendlichen hätten die Produkte trotzdem. Wir sind überzeugt: Die Leute brauchen nicht ständig neue Verbote und Vorschriften. Es gilt schon heute: Verkauf nur ab 18 Jahren, Werbung verboten. Wer trotzdem konsumiert, tut das in Eigenverantwortung. Wir können nicht jedes Risiko verbieten im Leben, sonst landen wir am Ende bei einem generellen Verbot von allem, was ungesund ist. Ja, Einweg-E-Zigaretten sind Abfall – aber hier gilt: Wir haben längst ein Rücknahmesystem für Batterien und Elektrogeräte. Wer sich an die Regeln hält, kann

dieses Produkt korrekt entsorgen. Dafür brauchen wir kein kantonales Verkaufsverbot, sondern konsequente Anwendung der bestehenden Vorschriften. Werte Kolleginnen und Kollegen: Diese Motion klingt auf den ersten Blick gut, aber sie ist am falschen Ort eingereicht. Wir wollen keinen teuren Vollzug, keinen Flickenteppich. Die SVP setzt sich ein für klare Gesetze, die durchgesetzt werden können. Nur eine schweizweite Regelung ist sinnvoll, alles andere führt eben zu diesem Flickenteppich an Regeln, und niemand versteht sie mehr. Darum: Lassen wir uns überraschen, wie schnell auf Bundesebene die Motion umgesetzt wird. Aus den genannten Gründen lehnen wir die Motion mehrheitlich ab.

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrätin Brigitta Engeli-Sager, nach ihr folgt Kantonsrätin Nicole Zeitner.

**Brigitta Engeli-Sager**, Kantonsrätin, GRÜNE: Auch die GRÜNE-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für die positive Aufnahme der Motion. Zu Beginn eine Anmerkung zur Vorrednerin: Ich gehe davon aus, dass der Regierungsrat das geäußert hätte, wenn das Gesetz nicht durchführbar wäre im Kanton Thurgau, dann hätte er die Motion wahrscheinlich nicht unterstützt. In Grossbritannien, Frankreich und Belgien sind die Einweg-E-Zigaretten aus guten Gründen inzwischen verboten. Die sogenannten Liquids, das sind die Flüssigkeiten, die mit Aromen und Nikotin versetzt sind, werden immer mehr in die Richtung entwickelt, dass ihre Wirksubstanzen so schnell wie möglich über die Blutbahnen ins Gehirn gelangen. Je schneller eine Substanz ins Gehirn gelangt, umso süchtiger macht sie. Das Ziel der Produzenten ist also klar und deutlich, wenn man es sehen möchte: je mehr Süchtige, desto höher die Umsätze. Laut Forschern werden immer mehr junge Menschen sehr stark süchtig nach E-Zigaretten, die vorher gar nicht geraucht hatten. Das heisst, es findet nicht eine Verlagerung vom herkömmlichen Rauchen zu E-Zigaretten statt, sondern es werden neue Süchtige generiert. Zudem zeigen neue Studien, dass sich im Dampf von Einweg-E-Zigaretten hohe Konzentrationen an Metallen, wie Blei, Kupfer oder Zink, befinden können. Diese Stoffe entstehen zum einen beim Erhitzen und Verdampfen, zum anderen durch Bauteile in den Geräten. Man kann also davon ausgehen, dass das Krebsrisiko sich dadurch stark erhöht. Dazu kommt natürlich noch der Umweltfaktor: Dass die Einweg-E-Zigaretten keinen positiven Beitrag zur Umwelt leisten, ist offensichtlich. Nun stellt sich die Frage, welche Motive man haben könnte, diese Motion nicht zu unterstützen. Jedenfalls fallen mir keine lautereren Motive ein. Diese Motion wirkt suchtpreventiv, vor allem bei Jugendlichen, sie wirkt gesundheitspreventiv bei allen und hat eine positive Auswirkung auf die Umwelt. Eigentlich kann man die Motion nur ablehnen, wenn man diejenigen unterstützen möchte, die auf Kosten anderer ihre Gewinne maximieren wollen. Ich würde mich daher freuen, wenn wir solchen Profi-

teuren ein Schnippchen schlagen und im Kanton Thurgau diese Motion erheblich erklären. Die GRÜNE-Fraktion wird dies jedenfalls einstimmig tun.

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrätin Nicole Zeitner, nach ihr folgt Kantonsrätin Sabina Peter Köstli.

**Nicole Zeitner**, Kantonsrätin, GLP: Der Regierungsrat hat eine sorgfältige, faktenbasierte und sehr überzeugende Antwort auf diese Motion vorgelegt. Sie zeigt, dass ein Verkaufsverbot von Einweg-E-Zigaretten nicht nur gesundheitlich, sondern auch ökologisch sinnvoll ist. Auf Bundesebene ist das Verbot seit Juni 2025 beschlossen. Doch die Umsetzung, das haben wir gehört, braucht noch Zeit. Kantone können und sollen in dieser Übergangszeit Verantwortung übernehmen. Wallis, Jura, Bern und Solothurn haben diesen Schritt bereits getan. Weitere Kantone haben Vorlagen oder politische Vorstösse eingereicht. Auch international geht die Entwicklung klar in Richtung eines Verbots. Einweg-E-Zigaretten sind ein Wegwerfprodukt par excellence. Nach wenigen hundert Zügen landen sie im Abfall. Sie bestehen aus Kunststoff, Metall und einer fest verbauten Lithiumbatterie. Diese Batterien sind eigentlich Sonderabfall, aber in der Praxis landen sie im normalen Hausmüll oder direkt in der Natur. Damit gelangen Schwermetalle und Elektrolyte in Böden und Gewässer. Jede weggeworfene Einweg-E-Zigarette ist also nicht nur ein kleines Stück Plastik, sondern ein chemisches Risiko. Die Rücknahmequote ist minimal. Da gibt es ein freiwilliges Rücknahmesystem über SENS eRecycling, aber das funktioniert kaum, weil die meisten Konsumentinnen und Konsumenten gar nicht wissen, dass sie ihre E-Zigaretten dort abgeben müssen. Technisch sind diese Produkte zudem kaum recyclebar, weil Batterien, Elektronik und Gehäuse fest miteinander verbunden sind. Damit entstehen grosse Mengen an Elektroschrott und ein unnötiger Verbrauch von wertvollen Rohstoffen. Das ist ökologisch absurd und wirtschaftlich unsinnig. In der Summe widerspricht dieses Produkt in jeder Hinsicht dem Prinzip einer verantwortungsvollen Kreislaufwirtschaft. Einweg-E-Zigaretten sind keine harmlosen Produkte, das haben wir gehört. Besonders gefährdet sind Jugendliche, deren Gehirne sich noch in Entwicklung befinden. Die Zahlen aus dem Kanton Thurgau sprechen für sich: Nahezu ein Viertel der 11- bis 15-Jährigen hat bereits eine E-Zigarette ausprobiert. Das zeigt, dass der bestehende Jugendschutz noch nicht ausreicht. Gerade deshalb braucht es eine klare politische Haltung. Wenn der Bund noch Zeit braucht, kann der Kanton Thurgau mit gutem Beispiel vorangehen, und zwar mit einem pragmatischen Entscheid für Prävention, Umwelt und Gesundheit. Mit der Sunset-Klausel lässt sich diese Übergangszeit bis zum Inkrafttreten des Bundesrechts sinnvoll überbrücken. Die GLP-Fraktion ist einstimmig für Erheblicherklärung der Motion.

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrätin Sabina Peter Köstli,

nach ihr folgt Kantonsrätin Michèle Strähl-Obrist.

**Sabina Peter Köstli**, Kantonsrätin, Die Mitte/EVP: Im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP danke ich dem Regierungsrat für die umfassende Beantwortung dieser Motion. Wie von den Motionärinnen und Motionären treffend festgehalten, haben die billigen, bunten, schmackhaften Einwegdampfer ein hohes Suchtpotenzial, verführen gezielt Jugendliche, sind gesundheitsschädigend und belasten unsere Umwelt mit unnötigen Mengen an Abfall aus Plastik, Metall und Batterien. Das alles wird meist nicht fachgerecht entsorgt und landet bestenfalls im normalen Müll, was ökologisch gesehen eine Katastrophe ist. Es ist klar, dass wir unsere Kinder und Jugendlichen nicht in Watte packen können. Sie müssen ihre eigenen Erfahrungen machen. Irgendwo gibt es jedoch Grenzen. Wer die Kassensturz-Sendung vom 18. Oktober gesehen hat, wurde auf weitere Suchtfallen hingewiesen, die auf Jugendliche lauern. Testkäufe zeigten, dass Minderjährige in Online-Shops hochdosierte Nikotinbeutel teilweise problemlos kaufen können – dies aufgrund eines ungenügenden Jugendschutzes. Snus oder umgangssprachlich auch Lutschtabak enthält deutlich mehr Nikotin als Zigaretten und erhöht dadurch das Suchtpotenzial. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass der Regierungsrat das Anliegen für ein kantonales Verbot von Einweg-E-Zigaretten vollumfänglich unterstützt – auch wenn es aufgrund der Beschwerde eines grossen Tabakkonzerns beim Bundesgericht verfassungswidrig und damit wirkungslos sein könnte. In seiner Antwort weist der Regierungsrat darauf hin, dass gemäss der Schweizerischen Gesundheitsbefragung (SGB) 2022 28.7 %, gut ein Viertel der Thurgauer Bevölkerung, rauchen, was deutlich über dem schweizerischen Durchschnitt von 23.9 % liegt. Währenddem der Anteil landesweit zurückgeht, bleibt er im Kanton Thurgau konstant hoch. Die vom Regierungsrat kürzlich veröffentlichte „Strategie Gesundheitsförderung und Prävention Kanton Thurgau 2026–2029“ sieht daher präventive Massnahmen vor und fordert explizit eine Reduktion der Raucherquote. Dass die Mühlen der Behörden langsam laufen, wissen wir. Hier bietet sich die Chance, den noch ausstehenden Entscheid des Bundes zugunsten eines wirksamen, vorgezogenen kantonalen Jugend- und Umweltschutzes zu beschleunigen. Damit leisten wir nicht nur einen Beitrag zum Schutz der kommenden Generation und unserer Umwelt, sondern auch zur Entlastung unseres Gesundheitssystems. Die Mitglieder der Fraktion Die Mitte/EVP erklären diese Motion daher einstimmig – und dies trotz Rauchern – erheblich.

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrätin Michèle Strähl-Obrist, nach ihr folgt Kantonsrat Lukas Madörin.

**Michèle Strähl-Obrist**, Kantonsrätin, FDP: Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat ebenfalls für die Beantwortung dieser Motion. Mir ging es gleich wie Kantonsrätin Elisabeth Rickenbach, auch mich hat die Beantwortung fast vom Stuhl gehauen – einfach mit

umgekehrten Vorzeichen. Ja, der Schutz unserer Jugendlichen und der Schutz unserer Umwelt sind wichtige Anliegen, auch für uns als FDP. Aber ein kantonales Verbot von Einweg-E-Zigaretten ist schlicht der falsche Weg. Ein solches Verbot ist gut gemeint, aber wirkungslos. Denn wer ein solches Produkt will, wird es weiterhin bekommen: im Nachbarkanton, im Internet oder halt einfach per Postversand. Die Realität ist: Ein kantonales Verkaufsverbot schafft keinen Gesundheitsschutz, sondern es schafft höchstens eine Illusion davon. Und Illusionen helfen uns nicht weiter. Verbote dürfen immer nur das letzte Mittel sein, nicht der erste Reflex. Bevor man ein Produkt verbietet, muss man prüfen, welche anderen Wege möglich sind. Da gibt es viele Ansätze: zum Beispiel ein Pfand- oder Depotsystem, damit die Geräte korrekt zurückgegeben werden, eine Erhöhung des Mindestalters, um Jugendliche besser zu schützen, oder einfach eine konsequentere Durchsetzung bestehender Gesetze – gerade im Online-Handel –, welche den Jugendschutz im Auge haben. Solche Massnahmen wären gezielt, wirksam und auch verhältnismässig. Ein Verbot dagegen ist weder nachhaltig noch liberal. Es beschränkt die Freiheit aller – auch jener erwachsenen Menschen, die selbstverantwortlich entscheiden können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen, dass dieses kantonale Verbot rechtlich auf wackligen Beinen steht. Eine Beschwerde gegen ein kantonales Verbot ist hängig, ein Entscheid liegt noch nicht vor. Der Bund hat mit dem Tabakproduktegesetz bereits eine umfassende Regelung geschaffen, und eine nationale Lösung ist aktuell in Diskussion. Ein kantonaler Alleingang bringt nur Unsicherheit, Bürokratie und am Ende Frust. Wir müssen als Gesetzgeber den Mut haben, vernünftig zu regulieren, statt reflexartig zu verbieten. Wir müssen die Eigenverantwortung stärken, statt sie zu untergraben, und wir müssen auf Bundeslösungen setzen und nicht auf kantonale Symbolpolitik. Die FDP steht für Freiheit, für Verantwortung und für Augenmass – auch hier. Darum lehnen wir die Erheblicherklärung dieser Motion einstimmig ab.

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrat Lukas Madörin, nach ihm folgt Kantonsrätin Judith Ricklin.

**Lukas Madörin**, Kantonsrat, EDU/Aufrecht: Die Fraktion EDU/Aufrecht bedankt sich beim Regierungsrat für die Beantwortung der Motion. Die klare Haltung des Regierungsrates freut mich sehr, und sie bestärkt mich in der Ansicht, dass wir mit dem geforderten Verbot auf dem richtigen Weg sind. Wir sind uns bewusst, dass ein Verbot auch kontraproduktiv sein kann und nicht alle Probleme löst. Ausserdem ist es nicht unser Ziel, eine Verbotskultur zu fördern. Die verschiedenen Argumente auf Seite Jugendschutz und Umwelt überwiegen dabei jedoch und rechtfertigen meiner Meinung nach ein Verbot. Wir im Thurgau können und sollten ein Zeichen setzen: für Nachhaltigkeit, für Verantwortung und für den Schutz der kommenden Generationen. Die Fraktion EDU/Aufrecht ist daher für Erheblicherklärung der Motion.

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrätin Judith Ricklin, nach ihr folgt Kantonsrätin Marion Sontheim.

**Judith Ricklin**, Kantonsrätin, SVP: Ich spreche als Mitmotionärin. Einweg-E-Zigaretten sind ein wachsendes Umweltproblem. Seit der Markteinführung im Jahr 2020 hat der Konsum von Einweg-E-Zigaretten in der Schweiz explosionsartig zugenommen. Bereits 2022 wurden laut Industrieangaben rund 10 Mio. Stück importiert. Das entspricht einem Abfallvolumen von 20 bis 30 Tonnen pro Jahr, das rasant weiterwächst. Hinter dieser Zahl stehen vor allem problematische Abfälle. Jeder dieser scheinbar harmlosen Einwegartikel kombiniert Kunststoff, Elektroschrott und gefährliche chemische Substanzen, wie Nikotin. Einweg-E-Zigaretten sind ein Musterbeispiel für schwer zu entsorgenden Abfall. Sie enthalten Lithium-Ionen-Akkus, die nicht nur hochgradig wiederverwertbar wären, sondern im Hausmüll auch ein erhebliches Brandrisiko darstellen. Tatsächlich kam es bereits in mehreren Entsorgungsanlagen zu Bränden, verursacht durch die in E-Zigaretten verbauten Batterien. In der Schweiz gibt es derzeit kein funktionierendes Recyclingverfahren für Einwegprodukte dieser Art. Die wenigen gesammelten Geräte werden schlicht eingelagert, bis es eine Lösung gibt – ein unhaltbarer Zustand für unser Abfallmanagement. Hinzu kommt: Viele dieser Einwegprodukte landen als Littering direkt in der Natur. Dort zersetzen sich Kunststoffe, Schwermetalle und Chemikalien, mit langfristigen, noch nicht vollständig abschätzbaren Folgen für unser Ökosystem. Die enthaltenen Lithium-Akkus könnten eigentlich hunderte Male aufgeladen werden, werden aber nach einer einzigen oder zumindest geringen Nutzung weggeworfen. Das ist Materialverschwendung in groteskem Ausmass. Im Jahr 2022 wurden weltweit Lithium-Zellen im Gegenwert von schätzungsweise mehr als 16'500 Autobatterien einfach vernichtet, davon auch ein beträchtlicher Teil in Europa. Damit versäumen wir die Chance, wichtige Ressourcen für nachhaltige Technologien zu sichern. Ich komme zum Schluss: Einweg-E-Zigaretten sind ein wachsendes Umweltproblem. Jede weitere Untätigkeit verschärft die Belastung für unsere Natur und vergeudet wertvolle Ressourcen. Handeln wir sofort – jetzt –, bevor der Schaden irreversibel wird. Stimmen Sie für eine intakte Umwelt und gegen die Vergeudung wertvoller Ressourcen. Ich danke Ihnen für die Unterstützung dieser Motion.

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrätin Marion Sontheim, nach ihr folgt Kantonsrat Roger Stieger.

**Marion Sontheim**, Kantonsrätin, SP und Gew.: Nikotin gehört zu den am schnellsten abhängig machenden Substanzen. Experten bewerten das Suchtpotenzial sogar höher als das von Heroin. Die Wirkung im Gehirn erfolgt innerhalb weniger Sekunden. Nikotin

stimuliert das Belohnungssystem, löst einen Dopamin-Anstieg aus und erzeugt kurzfristig Wohlgefühl und Konzentrationssteigerung. Diese Wirkung hält jedoch nur kurz an – das Verlangen nach dem nächsten Zug folgt schnell. Gerade Jugendliche mit einem sich noch entwickelnden Gehirn sind besonders gefährdet, weil Nikotin die Reifung des präfrontalen Cortex beeinflusst und die Lern- und Entscheidungskompetenz langfristig beeinträchtigen kann. Die sogenannten Einweg-E-Zigaretten sind in diesem Zusammenhang nichts anderes als die Alkopops der Tabakindustrie. Sie sind bunt, süss, günstig, leicht verfügbar und tarnen den Einstieg in die Nikotinsucht über Lifestyle, Geschmack und Design. Während Jugendliche nach den erfolgreichen Tabakpräventionskampagnen der 2000er-Jahre von der klassischen Zigarette abgeschreckt wurden, verführt die E-Zigarette heute mit Mango-Cola- oder Vanillegeschmack mit bunten Farben, passend zur Schultasche. Dies ist kein Zufall, sondern Teil einer gezielten Marketingstrategie, die ganz bewusst an der Schwelle zum Jugendalter ansetzt. Hinzu kommt: Einweg-E-Zigaretten enthalten oft Nikotin in hoher Konzentration, meist in Form von Nikotinsalzen, die besonders schnell ins Gehirn gelangen und den Suchtprozess zusätzlich beschleunigen. Studien zeigen, dass Jugendliche, die E-Zigaretten konsumieren, ein fünffach höheres Risiko haben, später auch zu herkömmlichen Tabakprodukten zu greifen – mit allen gesundheitlichen, gesellschaftlichen und finanziellen Folgen, die wir längst kennen. Wir haben mehrmals in dieser Diskussion das Argument gehört, ein Verbot mache keinen Sinn, weil wenn man E-Zigaretten hier im Kanton Thurgau verbieten würde, dann besorge man sich diese woanders. Wenn wir dieses Argument stringent zu Ende denken würden, würde das bedeuten, dass wir suchterzeugende Substanzen gar nie verbieten könnten, weil irgendwo bekommt man auch Heroin her. Und dieser Überlegung müssen wir uns stellen.

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrat Roger Stieger, nach ihm folgt Kantonsrat Daniel Amrhein.

**Roger Stieger**, Kantonsrat, Die Mitte/EVP: Danke, Herr Regierungsrat, für diese klare Beantwortung und für Ihre Empfehlung zur Erheblicherklärung dieser Vorlage. Als „Präventiönler“ freut mich diese Haltung sehr. Was gibt es hier noch zu ergänzen? Wir folgen der Empfehlung der Regierung. Die Argumente sind gefallen: Das grösste Anliegen bleibt die Gesundheit unserer Bevölkerung, insbesondere unserer Jugend. Gerne – „smile“ – hätte ich persönlich einen noch grösseren Schritt gesehen, nämlich die vollständige Abschaffung sämtlicher Tabakprodukte. Dies würde sicherlich eine Reduktion der Krankenkassenprämien bewirken. Aber ein solches Motionsbegehren, da bin ich mir sicher, hätte hier im Rat eine grössere Gegnerschaft. Bei den Einweg-E-Zigaretten zeigt sich besonders deutlich, wie problematisch diese Produkte sind. Sie sind günstig, in verschiedenen Geschmacksrichtungen erhältlich und mit auffallender, ansprechender Verpackung versehen. Sie sprechen damit gezielt eine jüngere Konsumentengruppe an. Die Täuschung

ist offensichtlich, das Suchtpotenzial enorm, hinzu kommt die ökologische Dimension durch den erhöhten Einmalabfall. Das haben wir alles schon gehört hier im Rat. Aber noch sind viele Fragen offen: Die Inhalation von Aromen ist wissenschaftlich bisher nicht fundiert erforscht, ja, und gerade für Jugendliche kann dies besonders gesundheitsgefährdend sein. Aber denken wir, geschätzte Anwesende, mit gesundem Menschenverstand. Glauben Sie wirklich, dass das Inhalieren künstlicher Aromastoffe die Gesundheit nicht schädigt? Wir alle wissen, dass Chemikalien, die über die Lunge direkt in den Körper gelangen, nicht harmlos sein können. Es braucht hier keine weitere Studie, um offensichtlich zu erkennen, dass diese Produkte nichts mit einem gesunden Lebensstil zu tun haben. Werfen wir einen Blick in die Zahlen: 23.6 %. Geschätzte Anwesende, ein Viertel unserer Jugend! Ein Viertel. Verrückt. Eins, zwei, drei – Du bist es! Ein Viertel ist bereits schon in der Konsumentengruppe. An die geschätzten Personen in diesem Rat, die dieser Motion ablehnend gegenüberstehen – wie, warum auch immer: Geschätzte Anwesende, ich kann diese Argumente einfach nicht einordnen. Das bekannte Suchtdreieck kennen Sie sicher, sehr geschätzte Kantonsrätinnen Priska Peter oder Michèle Strähl-Obrist: Umfeld, Beschaffung, Person. Wenn in diesem Suchtdreieck die Beschaffung erschwert wird, dann gibt es eine Reduktion, das ist erwiesen. Es geschieht eine Reduktion. Es ist klar, dass man das über das Internet weiter beschaffen kann. Aber fällt dieser Teil der Beschaffungsmöglichkeit an jeder Ecke weg, dann wird das sinken. Das ist ein Fakt. Denken Sie wirklich, dass die Kosten dieses Vollzugs so hoch sein werden? Ein einfaches kantonales Verkaufsverbot könnte beispielsweise bei den Jugendschutz-Testkäufen eingebaut werden, die ja theoretisch seit 1. Oktober letzten Jahres bundesmässig rechtsgültig umgesetzt werden könnten. Darum: Lassen wir den Worten auch Taten folgen, setzen wir ein klares Zeichen für den Schutz der Jugend. Geschätzte Anwesende mit eher einer Nein-Position: Ich denke, die Argumente sind stark, so dass Sie hier wirklich mit Ja stimmen dürfen. Stimmen wir mit einem Ja für den Schutz der Jugend, für die Gesundheit und für eine verantwortungsvolle Zukunftspolitik. Danke vielmals.

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrat Daniel Amrhein, nach ihm folgt Kantonsrat Christian Stricker.

**Daniel Amrhein**, Kantonsrat, SVP: Ich spreche für eine Minderheit der SVP-Fraktion. Ich danke den Motionären für das Einreichen der Motion und für das gründliche Darlegen der Argumente. Wir stehen an einem Wendepunkt. Einweg-E-Zigaretten – bunt, süss, scheinbar harmlos – haben sich in kürzester Zeit in unseren Alltag und vor allem in den Alltag unserer Jugendlichen eingeschlichen. Doch hinter der schillernden Fassade verbirgt sich eine gefährliche Wahrheit. Wir wissen nicht, was wir da eigentlich einatmen, und wir wissen nicht, ob es uns und vor allem unsere Kinder krank machen kann. Es ist ein gefährliches Experiment auf Kosten unserer Gesundheit und unserer Jugend. Die Inhaltsstoffe

vieler Einweg-Vapes sind kaum reguliert. Aromastoffe, Trägerflüssigkeit, Schwermetalle aus den Heizspiralen gelangt alles direkt in die Lunge. Die Langzeitfolgen sind weitgehend unerforscht. Wir wissen nicht, wie sich diese Stoffe über Jahre hinweg auf den Körper auswirken. Dennoch lassen wir zu, dass sich Jugendliche oft schon im Schulalter an diese Produkte gewöhnen – trotz Verkaufsverbot an Personen unter 18 Jahren. Wir dürfen nicht zulassen, dass eine ganze Generation zum Versuchskaninchen der Industrie wird. Zudem handelt es sich um ein Produkt für den Müll mit fatalen Folgen. Einweg-E-Zigaretten sind der Inbegriff der Wegwerfgesellschaft. Nach wenigen Zügen landen sie im Müll – oder schlimmer noch auf der Strasse, im Park, in unseren Flüssen und in den Wiesen. Sie enthalten Batterien, Plastik, Chemikalien – eine ökologische Katastrophe im Miniaturformat. Während wir über Nachhaltigkeit sprechen, lassen wir zu, dass Millionen dieser Produkte unsere Umwelt vergiften. Ein Weckruf an unsere Verantwortung. Dieses Verkaufsverbot ist kein Verbot aus Prinzip. Es ist ein Schutzschild für unsere Kinder, für unsere Umwelt und für unsere Zukunft. Es ist ein klares Signal: Wir schauen nicht länger weg – wir handeln. Ich appelliere an Sie: Lassen Sie uns gemeinsam Verantwortung übernehmen. Stimmen Sie dem Verkaufsverbot zu und unterstützen Sie die Motion. Nicht morgen, sondern jetzt. Vielen Dank.

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrat Christian Stricker.

**Christian Stricker**, Kantonsrat, Die Mitte/EVP: „Nicht ständig neue Verbote und Bussen“, habe ich im Ohr. Wie war das beim Littering, als es um die Tiere ging? Wir sahen Risiken, also reagierten wir. Sind denn Tiere wichtiger als Heranwachsende? „Lassen wir uns überraschen, wie schnell der Bund reagiert.“ Tönt auch nett, aber einmal ehrlich: Bei dieser Motion prallen zwei sehr unterschiedliche Dynamiken aufeinander. Auf der einen Seite die langsamen, zähen Mühlen des Bundes. Es braucht zu oft zu viel Wasser und zu viel Zeit, bis sich endlich etwas bewegt. Und gleichzeitig diese ausführlich – intensivst – bewirtschaftete Suchthematik, die uns als Schweiz zur Spitzenreiterin macht im Bereich E-Zigaretten: Da ist eine hohe Dynamik im Bereich besonders gefährdeter minderjähriger Teens – Halbwüchsiger. Das sind die, die aktuell intensivst umworben werden für dieses fatale Suchtmittel. Das sind die, bei denen wir es beklagen, dass die Kosten aufgrund psychischer Erkrankungen durch die Decke gehen. Das sind auch die, die grosszügig und oft etwas ungeschickt mit den gerauchten E-Zigaretten umgehen und sie irgendwohin werfen. Wer Interesse hat, dass die Ausgaben nicht weiter steigen, wer sich miteingebracht hat, dass weniger Abfälle in die Kuhwiesen geworfen werden, wer Interesse hat an gesunden Jugendlichen, wer wirklich vernünftig ist, der folgt den Motionären und dem Regierungsrat und stimmt hier zu.

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrat Thomas Leu, nach ihm

folgt Kantonsrat Stefan Mühlemann.

**Thomas Leu**, Kantonsrat, FDP: Was wir hier gehört haben, ist schon beinahe eine moralische Debatte. Sondermüll, Abhängigkeiten, Vergeudung von Ressourcen – es ist wohl klar und auch richtig, dass das in diesem Saal keine Unterstützung findet. Unterstützung finden darf und soll Jugend-, Gesundheits- und Umweltschutz. Aber darum geht es nicht bei diesem Vorstoss. Nicht der Kanton Thurgau und auch nicht der Grosse Rat des Kantons Thurgau haben Einfluss darauf, was für Produkte weltweit produziert und auch konsumiert werden. Die Frage, die sich doch stellt, ist, was wir mit einem kantonalen Verbot erreichen können. Wir betreiben Symbolpolitik, basteln an einem Flickenteppich für alle Kantone der Schweiz, und zum Schluss wird auch in diesem Punkt das Bundesgericht das letzte Wort haben. Wollen wir das wirklich? Ich will das entschieden nicht. Ich bin deshalb ganz klar der Auffassung, dass in einer globalisierten Welt nicht lokale Gesetze gemacht werden müssen, wo es nationaler oder sogar übernationaler Regelungen bedarf. Wir müssen unsere Kraft und unser Gestaltungselement dort einsetzen, wo wir auch den Gestaltungsspielraum haben, und zwar den vollen Gestaltungsspielraum. Verbote verhindern den Konsum von Tabak nicht. Sie machen unsere Jugend auch nicht gesünder, ein kantonales Verbot schon gar nicht. Was es braucht, ist eine Bundeslösung, und nicht ein Beitrag zu diesem Flickenteppich. Danke.

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrat Stefan Mühlemann.

**Stefan Mühlemann**, Kantonsrat, SVP: Ich bin erstaunt, dass das Thema der Gesundheit immer wieder als Hauptargument kommt, sind doch oft die gleichen Parteien – oder eben auch Personen – der Meinung, dass Kiffen kein Problem sei für die Gesundheit und künftig legalisiert werden sollte. Welches Verbot kommt als nächstes? Konsumation von Tabak allgemein? Konsumation von Schokolade, Gummibärli und Co.? Konsumation von Alkohol? Und nicht zuletzt frage ich mich: Wie sieht es denn aus mit dem Einkauf ennet der Grenze – das wurde heute auch schon gesagt – oder eben auch online? Wollen wir das auch verbieten und kontrollieren? Weiter frage ich mich auch, wie viel Prozent solcher Einweg-E-Zigaretten überhaupt gegenüber den herkömmlichen E-Zigaretten konsumiert werden? Wir sprechen ja jetzt nur über die Einweg-E-Zigaretten. Besten Dank.

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrätin Edith Wohlfender-Oertig.

**Edith Wohlfender-Oertig**, Kantonsrätin, SP und Gew.: Als ehemalige Tabakpräventions-Fachfrau komme ich nicht umhin, noch etwas zu sagen. Ich habe diesen Hut zwar schon vor vielen Jahren abgelegt, aber die Diskussion veranlasst mich jetzt dazu, doch

noch etwas zu sagen. Es ist klar, dass die Bauernvertreter hier dagegen sind, dass man Massnahmen ergreift. Es ist unbestritten, dass die Tabakplantagen, der Tabakanbau in der Schweiz vom Bund in der gleichen Höhe subventioniert werden wie Präventionsmassnahmen. Es ist auch klar, dass die Wirtschaftspartei gegen dieses Motionsanliegen spricht. Vielleicht ist jemand von Ihnen in den letzten zwei, drei Jahren einmal in Neuenburg gewesen und hat gesehen, wie massiv Philip Morris ausgebaut hat, an schönster Lage am See – ohne Seezugang für die Öffentlichkeit notabene. Und Philip Morris expandiert massiv in dieses Produktesegment, obwohl der Konsum von Zigaretten allgemein stagniert. Aber für diese neuen Diffusoren braucht es neue Gebäude, und da ist es logisch, dass die Wirtschaftsvertreter natürlich für die Wirtschaftslobby eintreten. Es ist auch klar, dass die Bauern im Thurgau nur noch wenig Tabak anbauen, aber ich will damit sagen, dass die Präventionsmassnahmen auf nationaler Ebene weniger oder gleich viele Gelder wie die Bauern erhalten für ihre Anliegen. Besten Dank.

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrat Franz Eugster, nach ihm folgt Kantonsrat Paul Koch.

**Franz Eugster**, Kantonsrat, Die Mitte/EVP: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der SVP-Fraktion: Wir verdanken es Ihnen, dass Littering zum Thema wurde, und wir verdanken es vor allem auch Ihnen, dass wir schärfere Bussen haben. Einweg-E-Zigaretten werden selten recycelt, sondern meist einfach weggeworfen, häufig entlang von Strassen, in Wiesen und Felder. Und da muss ich meiner Vorrednerin widersprechen: Die Landwirtschaft, mindestens die Teile aus der Landwirtschaft, die ich kenne, sind sehr wohl für dieses Verbot, denn sie wollen diesen Müll nicht in ihren Wiesen und Feldern. Kantonsrat Hermann Lei hat mich das letzte Mal darauf angesprochen, dass diese Motion aufgrund des Littering-Verbots nicht nötig wäre, weil es gebüsst werden könne, wenn Einweg-E-Zigaretten weggeworfen würden. Das stimmt schon, aber hier böte sich die Chance, den Wurzeln des Litterings grundsätzlich entgegenzutreten, und darum hoffe ich schon, dass die Partei, die sich gegen Littering ausgesprochen hat, hier auch Ja sagt zur Ursachenbekämpfung. Danke.

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrat Paul Koch, nach ihm folgt Kantonsrat Ciril Schmidiger.

**Paul Koch**, Kantonsrat, SVP: Es wurde viel gesagt und viel auf die Tränendrüse gedrückt. Ich bin auch dafür, dass man die Einweg-E-Zigaretten nicht mehr verkauft – ich bin auch nicht Raucher. Aber, Kantonsrätin Edith Wohlfender-Oertig, ich weiss nicht, ob da überhaupt Tabak drin ist. Da bin ich mir nicht sicher. Mit dem Tabakanbau hat es, nehme ich an, wenig zu tun. Ich werde diese Motion aus folgendem Grund ablehnen –

ich habe nachgeschaut, die Bundesversammlung hat dabei ja auch einen Part: Der Nationalrat hatte 2024 eine Motion mit genau diesem Anliegen angenommen, der Ständerat am 4. Juni 2025, in diesem Jahr. Der Bundesrat hat nun also die Aufgabe, dieses Gesetz zu regeln und etwas Griffiges auf nationaler Ebene umzusetzen. Für mich reicht das. Ich glaube, dann braucht es im Kanton Thurgau nicht noch einmal ein Gesetz. Ich lehne ab.

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrat Ciril Schmidiger.

**Ciril Schmidiger**, Kantonsrat, SVP: Es wurde ja schon ganz vieles gesagt, und ich teile absolut den Inhalt der Motion: In erster Linie die Gesundheitsprävention, insbesondere für unsere jungen Konsumentinnen und Konsumenten, zweitens aber auch die Umweltaspekte. Und ich unterschreibe dort eigentlich jeden Punkt. Jedoch teile ich auch die Meinung, dass mit einem Verbot der Bezug dieser besagten Produkte nicht massgeblich eingeschränkt würde. Es wurde bereits gesagt: Internet, Nachbarkantone usw. – die Produkte kann man sich besorgen, wenn man denn möchte. Wollen wir heute aber wirklich eine Motion überweisen, die ein kantonales Verbot zur Folge hätte, dessen Berechtigung oder Wirksamkeit erst noch durch einen Bundesgerichtsentscheid bestätigt werden müsste? Wollen wir diese Zeit, diese Gelder, in die Hand nehmen für eine Sache, die bereits, wir haben es von meinem Vorredner gehört, an den Bundesrat überwiesen wurde? Wenn wir die Chronologie anschauen – Juni 2024 Nationalrat, Juni 2025 Ständerat, dazwischen kam im September 2024 unsere Motion, die wir heute behandeln. Und jetzt, ein Jahr später, debattieren wir darüber. Sorgen wir doch dafür, dass unsere kantonalen Vorschriften und unsere Steuergelder im Kanton Thurgau nicht in Rauch und Dampf aufgehen und erklären die Motion nicht erheblich. Danke schön.

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort Kantonsrat Daniel Vetterli.

**Daniel Vetterli**, Kantonsrat, SVP: Wenn ein Argument, das erwähnt wurde, nicht zieht, dann ist es das mit den Erträgen, welche die Bauern aus dem Tabakanbau erzielen. Wenn Sie für die Motion sind, wird es wegen Littering sein. Wenn Sie dagegen sind, wenn Sie Nein stimmen, dann ist es deswegen, weil national eine Regelung kommt. Aber der Tabakanbau spielt im Thurgau absolut keine Rolle. Der Tabakanbau wird tatsächlich gestützt von den Tabakfirmen. Da gibt es so ein Agreement, nach dem irgendwelche Promille in eine Kasse gehen, und aus dieser Kasse wird der Tabak finanziert, den vor allem die Luzerner, die im Broyetal usw. nach wie vor produzieren – damit dieser kostendeckend angebaut werden kann. In unserer Region hatte es Tabakanbau, in Stammheim, im Unterthurgau. Sie können aber sehen, dass die klassischen Scheunen zum Teil umgenutzt werden, zu Wohnraum oder für irgendetwas, aber Tabak gibt es da schon lange keinen mehr.

**René Walther**, Präsident, FDP: Ich erteile das Wort dem zuständigen Regierungsrat Urs Martin.

**Urs Martin**, Regierungsrat, DFS: Vielen Dank für die Diskussion und auch für das viele Wohlwollen gegenüber der regierungsrätlichen Antwort. Sie sehen: Die Aufgabe des Regierungsrates ist sehr anspruchsvoll. Man erhält eine Motion, beantwortet diese nach bestem Wissen und Gewissen, und was passiert? Es haut zwei Kantonsrätinnen fast vom Schemel. Die eine, weil sie begeistert ist von der Motionsantwort, und die andere, weil sie im Gegenteil die Motionsantwort schlimm findet. Sie sehen: Egal, was man sagt, es haut jemanden vom Schemel. Als Gesundheitsdirektor stimmt mich das nachdenklich. Nun denn – zur Sache. Wir haben eine vielschichtige Problematik. Der Regierungsrat hat sich in dieser Frage klar positioniert. Warum? Wie Sie ja gemeinhin wissen, sind Thurgauer Männer spitze. Das kann Ihnen jede Frau hier drin bestätigen. Aber, beim Tabakkonsum sind wir Thurgauer Männer auch spitze. Wenn Sie die Gesundheitsbefragung 2022 nehmen, haben 33.5 % der Thurgauer – ich nehme nur die Thurgauer, Kantonsrat Kenny Greber, ich komme nachher auf die Frauen zu sprechen – Tabak konsumiert. Bei den Frauen sind wir nicht spitze, da sind wir auf dem 4. Platz, also knapp am Podest vorbeigeschrammt: 24.4 %. Im Total sind wir aber aufgrund des Überhangs des Männerkonsums immer noch schweizweit spitze beim Tabakkonsum laut der letzten Gesundheitsbefragung. Jetzt geht es hier nicht um das Rauchen generell, dessen sind wir uns bewusst. Es geht hier nicht um E-Zigaretten, sondern nur um Einweg-E-Zigaretten. Aber jetzt haben wir diese Motion, und die Motion fordert ein Verbot dieser Einweg-E-Zigaretten. Wenn Sie schauen, sind diese Einweg-E-Zigaretten hochgradig süchtig machend und liegen genau im Bereich der „Strategie Gesundheitsförderung und Prävention Kanton Thurgau 2026–2029“. Kantonsrat Thomas Niederberger, Regierungsrätin Denise Neuweiler und ich haben diese am 8. Mai der Öffentlichkeit vorgestellt. Wir haben beim Tabakkonsum der Jungen ein Problem. Was ist zu tun? Es gibt keine einfachen Antworten, das ist so. Aber der Regierungsrat ist unter Abwägung aller Vor- und Nachteile der Meinung, dass man hier handeln sollte. Neben der schädlichen Wirkung, die klar im Vordergrund steht, ist auch die Umweltbelastung wirklich erheblich bei diesen Einweg-E-Zigaretten. Das ist ärgerlich. Das ärgert nicht nur Landwirte, sondern auch ganz viele andere Leute, und es ist einfach umweltschädlich. Aus diesem Grund müssen wir trotz der Unsicherheiten, die bestehen, jetzt ein Zeichen setzen. Aber ich möchte Kantonsrätin Michèle Strähl-Obrist, die das aufgeworfen hat, absolut recht geben – das haben wir auch in der Beantwortung transparent dargelegt: Es gibt diese Unsicherheiten, die bestehen auch, weil die gleichen Tabakkonzerne, die dem Kanton Thurgau geschrieben haben, dass sie die Überweisung der Motion unterstützen, in anderen Kantonen, die das schon gemacht haben, diese Gesetze bekämpfen. Das ist ein ziemlich widersprüchliches Verhalten, und

ich habe die Geschäftsidee dahinter noch nicht verstanden, treffe mich aber demnächst mit Vertretern dieser Industrie, um das vielleicht ein bisschen mehr zu verstehen. Nun, es ist so: In der Schweiz haben aktuell die Kantone Wallis, Jura, Bern und Solothurn ein entsprechendes Verbot bereits in Kraft gesetzt. Wir haben hängige Vorstösse in den Kantonen Basel-Stadt, Tessin, Schaffhausen, Genf und Waadt, und wir haben im Kanton Basel-Landschaft einen abgelehnten Vorstoss. Soweit meine Buchhaltung, was ich aufgrund der Internetrecherche gefunden habe. Das Land Belgien hat per 1. Januar 2025 ein landesweites Einweg-E-Zigaretten-Verbot verhängt. Aus diesem Grund, geschätzte Damen und Herren, bei allen kontroversen Aspekten, die auch heute in der Diskussion gut dargelegt wurden, bitte ich Sie, die Motion zu überweisen und ein Zeichen zu setzen. Sie wissen, wir Thurgauer sind spitze, aber das Ziel wäre, dass wir beim Rauchen nicht mehr länger spitze sind. Danke.

**René Walther**, Präsident, FDP: Die Diskussion wird nicht weiter benützt – geschlossen.

### **Beschlussfassung:**

**René Walther**, Präsident, FDP: Wir kommen zur Beschlussfassung. Bitte stimmen Sie jetzt über die Erheblicherklärung der Motion ab.

### **Abstimmung Erheblicherklärung:**

Ja: 81

Nein: 40

Enthaltung: 1

**René Walther**, Präsident, FDP: Sie haben die Motion mit 81:40 Stimmen bei 1 Enthaltung erheblich erklärt. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung der Botschaft an den Grossen Rat.